Stadt Oberhausen	**18.03.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

28. Sitzung des Rates der Stadt

Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Klaus Wehling	Vorsitzender
Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz	
Herr Wolfgang Große Brömer MdL	
Herr Arndt Barkowsky	
Frau Sonja Bongers	
Frau Beatriks Brands	
Herr Hubert Cordes	
Herr Karl-Heinz Emmerich	
Herr Manfred Flore	
Frau Anne Janßen	
Herr Dieter Janßen	
Frau Angelika Jäntsch	
Herr Peter Koppers	
Herr Klaus Kösling	
Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck	
Herr René Pascheberg	
Herr Karl-Heinz Pflugbeil	
Frau Dorothee Radtke	
Herr Ulrich Real	
Herr Alfred Röder	
Herr Stefan Scheffler	
Frau Uly Stroh	
Herr Ercan Telli	
Herr Dirk Vöpel	
Frau Helga Weingärtner	
Frau Ursula Wingens	
Herr Horst Wolter	
Herr Stefan Zimkeit	

Herr Daniel Schranz
Herr Frank Bandel
Herr Christian Benter
Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß
Herr Thomas Gäng
Herr Hans-Jürgen Köhler
Frau Christa Müthing
Herr Hans-Jürgen Nagels
Herr Werner Nakot

Herr Denis Osmann
Frau Marlies Plitt-Vogt
Herr Dirk Rubin
Herr Hermann-Josef Schepers
Frau Georgis Schmidt
Frau Simone-Tatjana Stehr
Herr Hans Josef Tscharke
Frau Ulrike Willing-Spielmann
Herr Hermann Wischermann
Frau Marita Wolter

Frau Regina Wittmann
Herr Ertekin Aksünger
Frau Michaela Flötgen
Frau Sandra Gödderz
Frau Bürgermeisterin Stefanie Opitz
Herr Peter Plew

Herr Yusuf Karacelik
Herr Jens Carstensen
Frau Ingrid Diepenbrock
Frau Petra Marx

Herr Hans-Otto Runkler
Herr Gerd Arlt
Frau Regina Boos
Herr Immanuel Schuler

Herr Dirk Paasch

Verwaltung

Herr Beigeordneter und StK Apostolos Tsalastras
Herr Beigeordneter Frank Motschull
Herr Erster Beigeordneter Reinhard Frind
Frau Beigeordnete Sabine Lauxen
Herr Dezernent Jürgen Schmidt

Stadt Oberhausen	**18.03.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
28. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Frau Britta Costecki			Bereich 0-4
Herr Martin Berger			Bereich 9-7
Frau Edith Hürland			Fachbereich 0-1-20
Frau Jutta Bach	-	als Schriftführerin	Fachbereich 0-1-20

Außerdem

Herr Yusuf Giraz	Integrationsrat
Herr Hannes Fritsche	Geschäftsführer CDU-Fraktion
Herr Armin Röpell	Geschäftsführer Fraktion DIE GRÜNEN
Herr Michael Hake	Geschäftsführung Linke.Liste-Fraktion

Abwesende

Herr Jürgen Grefermann
Herr Beigeordneter Peter Klunk

Formelle Feststellungen und Hinweise durch Oberbürgermeister Wehling

- **OB Wehling** eröffnet die 28. Sitzung des Rates und begrüßt alle sehr herzlich, darunter die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne sowie die Vertreter/-innen der Medien. Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Giraz, trifft um 15:10 Uhr ein.

- Entschuldigt für die heutige Sitzung ist Stadtv. Grefermann.

  Anwesend zu Beginn der Sitzung sind demnach 62 Mitglieder des Rates.
  OB Wehling stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

- Die Einladung mit sämtlichen Unterlagen – soweit nicht schon vorab separat versandt (Bauleitplanung) – ist von der Verwaltung form- und fristgerecht zum Versand am 08.03.2013 vorbereitet worden. Aufgrund der Ablösung von Etiketten konnten postalisch nicht alle Einladungen zugestellt werden. Dieser Mangel wurde zwischenzeitlich behoben, indem die Einladung allen Ratsmitgliedern erneut übermittelt wurde. Die Mitglieder des HFA und des Ältestenrates haben gegen diese Vorgehensweise keinen Einwand erhoben. OB Wehling stellt fest, dass die Mitglieder des Rates sich dem anschließen.

  Die FDP-Fraktion hat die Drucksache Nr. A/15/2663-01/Antrag auf Lärmschutz an der Walzwerkstrecke 2280 in der Sitzung des Planungsausschusses am 12.03.2013 zurückgezogen. Die Vorlage unter TOP I/9.2 wird von der Tagesordnung genommen.

- Im Haupt- und Finanzausschuss wurde auf Antrag des Stadtv. Paasch die für den nichtöffentlichen Teil vorgesehene Drucksache Nr. M/15/2658-01 „Aktueller Sachstand zur STEAG“ (TOP II/3.2) im öffentlichen Teil beraten. OB Wehling stellt das Einverständnis der Mitglieder des HFA fest, die Drucksache auch im Rat öffentlich zu behandeln und schlägt dafür TOP 8.4 **neu** vor.

  Mit Ratsbeschluss vom 17.09.2012 wurde einstimmig der Beschluss gefasst, dass sich die Stadt Oberhausen um die Zertifizierung als Fair Trade Town bemüht. Dazu beauftragte der Rat das Agendabüro (FB 5-1-10) mit der Koordination und Umsetzung. Das Zertifikat wird von der Fair Trade-Zentrale in Bonn verliehen, bei der auch die Bewerbungsunterlagen eingereicht werden müssen.
  Insgesamt sind fünf Kriterien zu erfüllen. Ab heute wird im Rat entscheidend dazu beigetragen, das Prüfkriterium 1 zu erfüllen.
  Dieses schreibt u. a. vor, dass bei allen Sitzungen des Rates, der Ausschüsse sowie im Büro (Ober)Bürgermeister Fairtrade-Kaffee verwendet wird. Im Rat ist das ab heute der Fall. In den Ausschüssen findet keine Bewirtung mit Kaffee statt. Im Büro des Oberbürgermeisters und im Bürgermeisterbüro erfolgt ebenfalls eine Umstellung auf fairen Kaffee.
  Stadtv. Große Brömer fragt, ob es denn auch Fairtrade-Tee im Büro des Oberbürgermeisters geben wird. OB Wehling beantwortet die Frage mit ja.

- Ort, Zeit und ursprüngliche Tagesordnung der heutigen Sitzung sind im „Amtsblatt für die Stadt Oberhausen“ vom 13.03.2013 öffentlich bekannt gemacht worden.
  Darüber hinaus gab es am gleichen Tage einen Hinweis auf die heutige Sitzung in den örtlichen Tageszeitungen sowie eine Veröffentlichung im Ratsinformationsdienst unter ALLRIS Bürgerinfo.

- Anregungen oder Einwendungen zur geänderten Tagesordnung gibt es nicht.

Stadt Oberhausen	**18.03.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
28. Sitzung des Rates der Stadt Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Aktuelle Stunde

2 Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 "Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft" (Sportstättenkonzeption)
Vorlage: B/15/2617-01
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Boos

3 WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)
hier: Beteiligung an der european centre for creative economy GmbH (ecce)
Vorlage: B/15/2625-01
Berichterstatter: Stadtv. Pléw

4 Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)
hier: Entsendung/Bestellung von Vertretern/Vertreterinnen der Stadt Oberhausen / Nachbesetzung für den Aufsichtsrat der IKF
Vorlage: B/15/2598-01

5 Einrichtung einer integrativen Lerngruppe behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent - an der Gesamtschule Alt-Oberhausen
Vorlage: B/15/2636-01
Berichterstatter: Stadtv. Zimkeit

6 Einrichtung einer integrativen Lerngruppe behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent - am Elsa-Brändström-Gymnasium
Vorlage: B/15/2640-01
Berichterstatter: Stadtv. Zimkeit

7 Bauleitplanung
Berichterstatterin: Frau Stadtv. Boos

7.1 Bebauungsplan Nr. 649 - Wilmsstraße -
Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen
sowie Satzungsbeschluss
Vorlage: B/15/2620-01

7.2 Bebauungsplan Nr. 694
- Elsässer Straße / Wilhelm-Weyer-Weg -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B/15/2604-01

7.3 Bebauungsplan Nr. 237
- Neukölner Straße / Gabelstraße -
Einleitender Aufhebungsbeschluss und
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2593-01

7.4 Bebauungsplan Nr. 600
- Torgaustraße (zwischen Badenstraße und Oldenburger Straße) -
Beschluss zur Verkleinerung des Verfahrensgebiets und zur
öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2616-01

7.5 Bebauungsplan Nr. 633
- Gabelstraße / Neukölner Straße -
Beschluss zur Verkleinerung des Plangebiets und
zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2626-01

7.6 Bebauungsplan Nr. 636
- Weierstraße (zwischen von-Trotha-Straße und Brückenbauwerk
südlich der Westhoffstraße) -
Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen
und Satzungsbeschluss
Vorlage: B/15/2610-01

7.7 Bebauungsplan Nr. 692
- Tenterstraße / Forststraße -
Aufstellungsbeschluss
(Aufstellung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB)
Vorlage: B/15/2623-01

7.8 Bebauungsplan Nr. 693
- Dudelerstraße / Oranienstraße -
Aufstellungsbeschluss
(Aufstellung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB)
Vorlage: B/15/2624-01

7.9 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen
Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen, förmlichen und erneuten förmlichen Beteiligung sowie Feststellungsbeschluss/Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 01 BO - Gartenmarkt am Wattenscheider Hellweg - in Bochum
Vorlage: B/15/2592-01

8 Berichte der Verwaltung

8.1 4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2012.
Vorlage: M/15/2660-01

8.2 Ausgleich der geleisteten Mehrarbeit beim Bereich 6-1 / Feuerwehr für die Jahre 2011 - 2013
Vorlage: M/15/2667-01

8.3 Erfahrungsbericht zur Einrichtung des Büros für Chancengleichheit im Sommer 2011
Vorlage: M/15/2578-01

8.4 STEAG
hier: Aktueller Sachstand zur STEAG
Vorlage: M/15/2658-01

9 Anträge

9.1 Antrag zur Unterstützung der Kampagne der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) und ver.di "Wasser ist ein Menschenrecht"
Vorlage: A/15/2637-01
- Antrag der Linke.Liste-Fraktion -

9.2 Antrag der FDP-Fraktion auf Lärmschutz an der Walzwerkstrecke 2280
Vorlage: A/15/2663-01
- Antrag der Linke.Liste-Fraktion -

Stadt Oberhausen	**18.03.2013 15:00 Uhr**	**Rat der Stadt**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
28. Sitzung des Rates der Stadt **Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen**		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Aktuelle Stunde

Es liegen keine Anträge vor.

2. Haushaltssanierungsplan 2012 ff., Maßnahme 115 "Konzeption zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft" (Sportstättenkonzeption) Vorlage: B/15/2617-01

Stadtv. Carstensen lehnt die Beschlussvorlage ab. Die Sportanlagen der Vereine FC Fortuna Alstaden, DJK Adler Oberhausen, Gli Azzurri Oberhausen, Club Emek sollen geschlossen und auf andere Sportanlagen umgesiedelt werden. Er kritisiert, dass der Verein Fortuna Alstaden nicht mehr in seinem bisherigen Stadtteil sportlich tätig sein kann, sondern zukünftig an der Sportanlage Ehrenmal 1 trainieren soll. Zu diesem Teil Oberhausens hat der Verein nach seiner Auffassung keinen Bezug. Hier wird nicht nur eine Sportanlage geschlossen, sondern zugleich auch der letzte Treffpunkt für Jugendliche, Kinder und Erwachsene in diesem Wohngebiet. Deutlich wird, dass mit der Schließung von Sportanlagen gleichzeitig Frei- und Spielflächen geschlossen werden. Als weiteres Beispiel nennt er die Schließung der Anlage DJK Adler Oberhausen im Marienviertel. Hier geht ein großer, sozial bedeutsamer Treffpunkt verloren.
Stadtv. Carstensen spricht sich für das zur Verfügung stellen einer Halle zur Ausübung des Skatehockeysports aus. Er fragt nach, inwieweit die Verwaltung auf das Engagement der Skatehockeysportvereine eingegangen ist, die ehemalige Eissporthalle in Osterfeld umzurüsten.

Stadtv. Nakot bewertet die Arbeit der Sportverwaltung hinsichtlich der Neuentwicklung der Sportstättenlandschaft als hervorragend. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die Fußball spielen, ist rückläufig. Deshalb war die Planung, Plätze abzubauen, durchweg die richtige Entscheidung. Das Geld, das die Stadt durch die Vermarktung der aufgegeben Plätze erhält, kann in andere Plätze investiert werden. Zum Thema „Skaterhalle“ hat die CDU-Fraktion einen Antrag gestellt, durch den die Frage geklärt werden soll, ob dieser Sport in der ehemaligen Eislaufhalle in Vonderort ermöglicht werden kann. Nachbesserungsbedarfe durch den Sportbereich bestehen nach seiner Auffassung im Bereich des Sporthallenkonzepts. Die Turnhallen sind nicht nur sanierungsbedürftig, sondern sie werden auch alle benötigt, denn an dieser Stelle ist der Bedarf nicht gedeckt.
Eine Menge Arbeit gibt es zudem noch bei der Sportentwicklungsplanung. Es sollen mehr Menschen zu sportlichen Aktivitäten motiviert werden. Viele Kinder, Jugendliche aber auch Migrantinnen und Migranten finden aus unterschiedlichen Gründen den Weg zum Sport nicht mehr. Die Sporthochschule Köln hat hierzu Konzepte vorgelegt. Eine große Anzahl dort vorgeschlagener Handlungsempfehlungen wurde durch die Verwaltung noch nicht abgearbeitet. Er bittet die Verwaltung um die Erarbeitung von Netzwerken durch die Zusammenarbeit von Jugendamt, Sozialamt, Sportverwaltung etc. und Konzepten, die letztendlich alle Sportarten zusammenführt. Nur so kann es gelingen, mehr Menschen zum Sport zu bringen.

Die gemeinsamen Aufgaben, die es zu lösen gilt, sind, so **Stadtv. Kösling,** die Ertüchtigung und Finanzierung der Sportanlagen unter Berücksichtigung des demografischen Wandels. Auf der Sportanlage an der Duisburger Straße konnte nach einer Vielzahl von Gesprächen eine Lösung gefunden werden. Obwohl das Angebot vorlag, wollte der Verein Fortuna Alstaden nicht in Lirich und der Umgebung bleiben. Nach dem Zugeständnis, am Ehrenmahl auch Räumlichkeiten nutzen zu können, konnte über den Wechsel Einigkeit erzielt werden.
Bestandteil der ersten Sportplatzkonzeption war u. a. auch die Aufgabe der Platzanlage am John-Lennon-Platz aufgrund des demografischen Wandels. Ein entsprechender Konsens wurde mit den Nutzern gefunden. Die Realisierung einer „Skaterhalle“ in der ehemaligen Eislaufhalle in Vonderort sieht er aus Kostengründen kritisch. Hier sollte das Ergebnis des Prüfauftrags abgewartet werden.
Stadtv. Kösling signalisiert Zustimmung zu der Drucksache. Er ist zuversichtlich, dass auch für die Sporthallen ein Konzept gefunden wird.

Beig. Motschull ergänzt in Richtung des Stadtv. Carstensen zum Thema „Skaterhalle“, dass die Verwaltung bereits aktiv war, indem sie den Vereinen sämtliche Unterlagen, wozu auch das Gutachten bezüglich der Eishalle gehörte, zur Verfügung gestellt hat. Es hat daraufhin eine Konzeption gegeben, die noch nicht ausgereift war. Danach gab es bis heute keine Reaktion mehr. Die Verwaltung ist durchaus auf dem Weg, die Vereine zu begleiten. Er ist zuversichtlich, eine Lösung zu finden, entweder mit der Halle im Kaisergarten oder mit der Eislaufhalle.

StK Tsalastras erinnert daran, dass bei der ersten Sportstättenkonzeption das Thema „Skaterhalle“ bereits eine Rolle gespielt hat. Damals hat die Bezirksregierung diese Maßnahme nicht gestattet. Das ist bei den weiteren Überlegungen zu berücksichtigen. Bevor Maßnahmen durchgeführt werden können, ist das Gespräch mit der Bezirksregierung zu suchen.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt nimmt die Sportstättenkonzeption (Anlage) als Grundlage für die weiteren Beratungen zur Neugestaltung der Sportstättenlandschaft zur Kenntnis.

Er beschließt

a) die Umsetzung der für das Jahr 2013 geplanten Maßnahmen (Sanierung und Ertüchtigung von 3 Sportanlagen (Alsfeld, Concordiastraße, Liricher Straße), die Schließung von 3 Sportplätzen (Alsfeld/Tenne, Duisburger Straße, John-Lennon-Platz) sowie die Umsetzung der für das Jahr 2014 geplanten Maßnahme (Sanierung und Ertüchtigung Sportplatz Schönefeld).

Mittel für die im Jahr 2013 geplanten Maßnahmen sind im HH-Plan 2013, Produkt 08 (Investitionen) veranschlagt.

b) die Verwaltung zu beauftragen, mit der OGM GmbH im Rahmen der Verhandlungen zum Leistungsvertrag die exakte Höhe der Betriebskosteneinsparungen auf Basis der Konzeption zu bestimmen und diese bei der Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

c) die Verwaltung zu beauftragen, die Grundstücke der zu schließenden Sportplätze einer anderen Nutzung zuzuführen, mit dem Ziel, eine Refinanzierung der Investitionskosten der Sportplatzkonzeption 2012 ff. zu erreichen."

3. WFO Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO)
hier: Beteiligung an der european centre for creative economy GmbH (ecce)
Vorlage: B/15/2625-01

OB Wehling weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag im HFA auf Antrag der CDU-Fraktion mit folgender Ergänzung mehrheitlich vorberaten wurde:

Ein Jahr nach Eingehen der Beteiligung der WFO GmbH an der ecce GmbH wird ein Erfahrungsbericht eingeholt und dem HFA zur Kenntnis gegeben.

Stadtv. Karacelik merkt an, dass es nach der Vorstellung seiner Fraktion der richtige Weg gewesen wäre, die Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr GmbH mit der Förderung der Kreativwirtschaft zu betrauen. Damit wäre diese wichtige Aufgabe in der Hand des Verbandes geblieben. Bezüglich der Beteiligung an der ecce wurde seitens der Vertreter der Linke.Liste-Fraktion beim Regionalverband Ruhr mehrfach, bis heute ohne Erfolg, das Vorlegen eines Konzeptes gefordert. Nach seiner Auffassung sind künstlich geschaffene Strukturen wie die ecce keine Kultur. Die Linke.Liste-Fraktion lehnt diese Vorlage ab.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linke.Liste-Fraktion bei Stimmenthaltung des Stadtv. Paasch folgenden geänderten Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1. Der Rat der Stadt stimmt dem Erwerb von Gesellschaftsanteilen in Höhe von 2.500,00 EUR an der ecce GmbH durch die WFO GmbH zu.

2. Der Vertreter der Stadt Oberhausen in der Gesellschafterversammlung der WFO wird angewiesen, die für die Beteiligung an der ecce GmbH notwendigen Beschlüsse zu fassen.

3. Ein Jahr nach Eingehen der Beteiligung der WFO GmbH an der ecce GmbH wird ein Erfahrungsbericht eingeholt und dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis gegeben."

4. Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)
hier: Entsendung/Bestellung von Vertretern/Vertreterinnen der Stadt Oberhausen /
Nachbesetzung für den Aufsichtsrat der IKF
Vorlage: B/15/2598-01

OB Wehling teilt mit, dass hier Frau Sandra Kocks vorgeschlagen worden ist.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen entsendet mit sofortiger Wirkung

Frau Sandra Kocks

gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW als Nachfolgerin für Herrn Jürgen Neumann für die Dauer der verbleibenden Amtszeit des Aufsichtsrates der IKF."

5. Einrichtung einer integrativen Lerngruppe behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent - an der Gesamtschule Alt-Oberhausen
Vorlage: B/15/2636-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt nach § 20 Abs. 8 des Schulgesetzes Nordrhein-Westfalen (SchulG)

1. **die Einrichtung einer integrativen Lerngruppe „Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent“ an der Gesamtschule Alt-Oberhausen zum Beginn des Schuljahres 2013/2014**

und

2. **die grundsätzliche Einrichtung weiterer integrativer Lerngruppen „Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent“ an der Gesamtschule Alt-Oberhausen ab dem Schuljahr 2014/2015."**

6. Einrichtung einer integrativen Lerngruppe behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent - am Elsa-Brändström-Gymnasium
Vorlage: B/15/2640-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt Oberhausen beschließt nach § 20 Abs. 8 des Schulgesetzes Nordrhein-Westfalen (SchulG)

1. **die Einrichtung einer integrativen Lerngruppe „Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent“ am Elsa-Brändström-Gymnasium zum Beginn des Schuljahres 2013/2014**

und

2. **die grundsätzliche Einrichtung weiterer integrativer Lerngruppen „Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I - zieldifferent“ am Elsa-Brändström-Gymnasium ab dem Schuljahr 2014/2015."**

7. Bauleitplanung

OB Wehling macht darauf aufmerksam, dass die zu den Bauleitplanvorlagen gehörenden Pläne und Gutachten, soweit sie nicht Bestandteil der jeweiligen Vorlage sind, im Ratssaal im Original ausgehängt bzw. ausgelegt worden sind.

7.1. Bebauungsplan Nr. 649 - Wilmsstraße -
Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen
sowie Satzungsbeschluss
Vorlage: B/15/2620-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1. Der Rat der Stadt beschließt nach eingehender Abwägung,

die Stellungnahmen zu III.A.1 - III.A.3 und III.B.1 - III.B.4 zur Kenntnis zu nehmen.

2. Der Rat der Stadt beschließt:

a) den Bebauungsplan Nr. 649 - Wilmsstraße - in der Fassung vom 15.11.2012 als Satzung;

b) die dem Bebauungsplan Nr. 649 beigefügte Begründung (incl. Umweltbericht) in der Fassung vom 21.11.2012 als Entscheidungsbegründung."

7.2. Bebauungsplan Nr. 694
- Elsässer Straße / Wilhelm-Weyer-Weg -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: B/15/2604-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt,

a) die Aufstellung eines Bebauungsplanes, für das im Plan des Bereiches 5-1 - Stadtplanung - vom 29.01.2013 umrandete und unter Punkt 1. der Begründung beschriebene Gebiet (Bebauungsplan Nr. 694).

b) die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung (14-tägige Darlegung der Planung ohne Bürgerversammlung)."

7.3. Bebauungsplan Nr. 237
- Neukölner Straße / Gabelstraße -
Einleitender Aufhebungsbeschluss und
Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2593-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt,

a) die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 237 - Neukölner Straße / Gabelstraße - (Rechtskraft 06.03.1990) für das im Plan des Bereichs 5-1 - Stadtplanung - vom 01.08.2012 gekennzeichnete und unter Punkt I. der Begründung beschriebene Gebiet einzuleiten.

b) die öffentliche Auslegung des aufzuhebenden Bebauungsplans Nr. 237 - Neukölner Straße / Gabelstraße - nebst der Aufhebungsbegründung (inkl. Umweltbericht)."

7.4. Bebauungsplan Nr. 600
- Torgaustraße (zwischen Badenstraße und Oldenburger Straße) -
Beschluss zur Verkleinerung des Verfahrensgebiets und zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2616-01

Beig. Motschull weist auf eine notwendige Korrektur in der Begründung hin:
In Zeilen 191 - 192 muss es richtig heißen: Erschließungsanlagen Torgaustraße (zwischen Badenstraße und Oldenburger Straße).

Unter Berücksichtigung dieser Änderung fasst Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - einmütig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"1. Der Rat der Stadt beschließt das Verfahrensgebiet des Bebauungsplanes Nr. 600 zu verkleinern (siehe Punkt 1. der Begründung)

2. Der Rat der Stadt erklärt sich in Kenntnis der Ergebnisse aus der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange mit dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 600 vom 04.12.2012 einverstanden und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründung (einschließlich Umweltbericht)."

7.5. Bebauungsplan Nr. 633
- Gabelstraße / Neukölner Straße -
Beschluss zur Verkleinerung des Plangebiets und zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: B/15/2626-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

„1. Der Rat der Stadt beschließt das Plangebiet zu verkleinern (siehe Punkt II).

2. Der Rat der Stadt erklärt sich mit dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 633 vom 13.02.2013 einverstanden und beschließt die öffentliche Auslegung nebst Begründung (einschließlich Umweltbericht)."

7.6. Bebauungsplan Nr. 636
- Weierstraße (zwischen von-Trotha-Straße und Brückenbauwerk südlich der Westhoffstraße) -
Entscheidung über die vorgebrachten Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: B/15/2610-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

„1. Der Rat der Stadt beschließt nach eingehender Abwägung

a) den Stellungnahmen zu III. A4 und III. B4 stattzugeben,

b) die Stellungnahmen zu III. A1, 2 und 3 sowie III. B1, 2, 3 und 5 zur Kenntnis zu nehmen.

2. Der Rat der Stadt beschließt ferner:

a) den Bebauungsplan Nr. 636 - Weierstraße (zwischen von-Trotha-Straße und Brückenbauwerk südlich der Westhoffstraße) - in der Fassung vom 03.07.2012 als Satzung;

b) die dem Bebauungsplan Nr. 636 beigefügte Begründung (inkl. Umweltbericht) in der Fassung vom 03.07.2012 als Entscheidungsbegründung."

7.7. Bebauungsplan Nr. 692
- Tenterstraße / Forststraße -
Aufstellungsbeschluss
(Aufstellung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB)
Vorlage: B/15/2623-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt,

a) die Aufstellung eines Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren für das im Plan des Bereichs 5-1 - Stadtplanung - vom 22.01.2013 umrandete und unter Punkt 1. der Begründung beschriebene Gebiet (Bebauungsplan Nr. 692);

b) die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung (14-tägige Darlegung der Planung ohne Bürgerversammlung)."

7.8. Bebauungsplan Nr. 693
- Dudelerstraße / Oranienstraße -
Aufstellungsbeschluss
(Aufstellung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB)
Vorlage: B/15/2624-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt,

a) die Aufstellung eines Bebauungsplans im beschleunigten Verfahren für das im Plan des Bereichs 5-1 -Stadtplanung- vom 22.01.2013 umrandete und unter Punkt 1. der Begründung beschriebene Gebiet (Bebauungsplan Nr. 693);

b) die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung (14tägige Darlegung der Planung ohne Bürgerversammlung)."

7.9. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen
Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen, förmlichen und erneuten förmlichen Beteiligung sowie Feststellungsbeschluss/Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 01 BO - Gartenmarkt am Wattenscheider Hellweg - in Bochum
Vorlage: B/15/2592-01

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst einstimmig bei Stimmenthaltung der Linke.Liste-Fraktion und des Stadtv. Paasch folgenden Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat der Stadt beschließt gemäß den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes, des Landesplanungsgesetzes (LPIG NW) und Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. der Gemeindeordnung NRW (GO NW) jeweils in der geltenden Fassung die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes (RFNP)

1. **01 BO - Gartenmarkt am Wattenscheider Hellweg - vorangegangener Prüfung und Entscheidung über die im Verfahren abgegebenen und in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen.**

   Die Änderung besteht aus Plan, Textteil und beigefügter Begründung einschließlich Umweltbericht."

8. Berichte der Verwaltung

8.1. 4. Kenntnisnahme der vom Stadtkämmerer gemäß § 83 (2) Satz 1 GO NRW bewilligten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen des Jahres 2012.
Vorlage: M/15/2660-01

OB Wehling erinnert an die intensive Beratung der Drucksache im HFA. Dabei wurden Vorschläge gemacht, wie die Drucksache zukünftig aussagekräftiger gestaltet werden kann. Die Verwaltung wird die Vorschläge bearbeiten.

Stadtv. Schranz möchte die Frage noch einmal aufgreifen, ob der Kämmerer das Budgetrecht des Rates umgeht. Auf nicht alle Fragen, die in diesem Zusammenhang gestellt wurden, hat die Verwaltung geantwortet. Keine Stellungnahme gab es bisher zu dem Hinweis, dass es im Bereich Sport sieben üpl. Aufwendungen zwischen 95.000 € und 99.000 € gegeben hat. Der Kämmerer entscheidet über eine üpl. und apl. Aufwendung/Auszahlung bis zu einer Höhe von 100.000 €. Bei Überschreitung dieses Betrages bedürfen üpl. und apl. Aufwendungen/Auszahlungen der Zustimmung des Rates.

Er ist bisher davon ausgegangen, dass es einen Grund dafür gibt, die Gesamtsumme von 672.000 € in mehrere üpl. Ausgaben aufzuteilen. Er hat die Mitteilung erwartet, dass sich diese Vorgehensweise nicht wiederholen wird.

StK Tsalastras informiert die Mitglieder des Rates darüber, dass dieses Thema intensiv im Verwaltungsvorstand erörtert wurde. Es ist vorgesehen, dass alle in den Bereichen für den Haushalt verantwortlichen Mitarbeiter an einer Fortbildung teilnehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass es zukünftig in dieser Menge keine üpl. Ausgaben mehr geben wird.

Stadtv. Schranz vermisst weiterhin eine Entschuldigung und die Zusicherung, dass eine solche Situation sich nicht wiederholen wird.

StK Tsalastras entschuldigt sich, was das Gesamtverfahren anbelangt. Die Anträge auf üpl. Ausgaben kommen aus den Bereichen und werden im Anschluss daran geprüft. An dieser Stelle sagt er zu, die Prüfung zu verbessern und mehr Transparenz herzustellen.

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8.2. Ausgleich der geleisteten Mehrarbeit beim Bereich 6-1 / Feuerwehr für die Jahre 2011 - 2013
Vorlage: M/15/2667-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8.3. Erfahrungsbericht zur Einrichtung des Büros für Chancengleichheit im Sommer 2011
Vorlage: M/15/2578-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

8.4. STEAG
hier: Aktueller Sachstand zur STEAG
Vorlage: M/15/2658-01

Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

9. Anträge

9.1. Antrag zur Unterstützung der Kampagne der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) und ver.di "Wasser ist ein Menschenrecht" Vorlage: A/15/2637-01

Stadtv. Carstensen begründet den Antrag. Bei der Privatisierung der EVO wurde erklärt, dass alles besser und billiger würde. Das ist so nicht passiert. Zur Privatisierung der Wasserversorgung nennt er Berlin und Portugal als Negativbeispiele. In Portugal lag die Preissteigerung bei 400%, seitdem die Wasserversorgung privatisiert wurde. Er bittet um Unterstützung für diesen Antrag.

Stadtv. Schranz hätte sich gewünscht, dass Stadtv. Carstensen bei seiner Auflistung der Negativbeispiele auch Oberhausen erwähnt hätte. Gemäß dem Antrag der Linke.Liste-Fraktion spricht sich die Stadt auf kommunaler Ebene gegen eine weitere Privatisierung der Wasserversorgung aus. Für die Stadt Oberhausen würde das bedeuten, es müssten die 0,0004% Anteile an der RWW GmbH verkauft werden. Er hatte bisher nicht den Eindruck, dass eine Ratsfraktion dieses Ziel formuliert hat. Das heißt, von einer weiteren Privatisierung kann in Oberhausen nicht die Rede sein, denn die Wasserversorgung ist aus Sicht der Gebietskörperschaft bereits privatisiert.
Stadtv. Schranz beendet seine Ausführungen mit einem Zitat aus der Zeitschrift „Die Zeit", aus dem hervorgeht, dass die EU-Kommission nie angestrebt hat, die Wasserversorgung zu privatisieren, so wie es viele Bürger fürchten. Die CDU-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Stadtv. Plew unterstützt den Antrag. Er regt eine Ergänzung im Beschlussvorschlag an: Hinter das Wort „Menschenrecht" sollte das Wort „inhaltlich" eingefügt werden.

OB Wehling stellt keinen Widerspruch dagegen fest.

Rat der Stadt - mit Beteiligung des OB - fasst mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion bei Zustimmung durch die SPD-Fraktion, Fraktion DIE GRÜNEN, Linke.Liste-Fraktion sowie der Stadtv. Nagels und Paasch folgenden geänderten Beschluss:

Beschlusskontrolle: nein

"Der Rat möge beschließen:

1. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das europäische Bürgerbegehren „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ inhaltlich zu unterstützen und in den Bürgerservicestellen Alt-Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld Informationen und Unterschriftenlisten auszulegen.**

2. **Die Stadt spricht sich auf kommunaler Ebene gegen eine weitere Privatisierung der Wasserversorgung aus."**

9.2. Antrag der FDP-Fraktion auf Lärmschutz an der Walzwerkstrecke 2280
Vorlage: A/15/2663-01

Wie eingangs erwähnt, wurde der Antrag zurückgezogen.

Ende des öffentlichen Teils: 15.41 Uhr

Oberbürgermeister Schriftführerin